

Der Wandel der Lebensformen als Herausforderung für die Bildung

Silke Bartsch, Barbara Methfessel

Aufbauend auf den Beitrag „Wandel der Lebensformen – Herausforderung an die Lebensführung“ (ab Seite 173 im Beitrag als Teil 1 bezeichnet) werden in diesem Beitrag Herausforderungen und Möglichkeiten des Themenbereiches didaktisch reflektiert, fachdidaktisch eingeordnet und durch Beispiele für die Umsetzung im Unterricht ergänzt.

1 Entscheidungsfreiheiten benötigen Kompetenzen

Größere Freiheit bei Sexualität und Wahl der Lebensformen (Definition s. S. 174) sind den meisten europäischen Jugendlichen selbstverständlich geworden. Diese Freiheiten widersprechen aber nicht dem Wunsch nach verbindlichen sozialen Beziehungen¹. Die Erfüllung dieses Grundbedürfnisses erwarten europäische Jugendliche von der Ehe und der eigenen Familie. Knapp 80 Prozent der jungen Erwachsenen geben an, dass eine Familie nötig sei, um glücklich zu sein. Das ist rund

„Der Wandel von Beziehungsmustern, Familienformen und Sexualität gehört zu den tiefgreifendsten Veränderungen, die in den westlichen Industriegesellschaften in den letzten vier Jahrzehnten zu beobachten sind“
(Dekker/Matthiesen 2004, S. 39).

ein Viertel mehr als noch vor 25 Jahren (Statistisches Bundesamt/Wissenschaftszentrum Berlin 2011, S. 45 f). Dabei ist die Ehe ein favorisiertes Modell: So sind 51 Prozent

in den alten Bundesländern und 37 Prozent der Jugendlichen in den neuen Bundesländern der Meinung, dass man bei dauerndem Zusammenleben heiraten sollte.

¹ Zur (nach wie vor positiven) Entwicklung der Beziehung von Jugendlichen zur Familie und den geschlechtsspezifischen Differenzen dieser Entwicklung vergleiche Shell Deutschland (2010, S. 43 ff., S. 55 ff.), vgl. auch den Datenreport 2011 (Statistisches Bundesamt/Wissenschaftszentrum Berlin 2011, Kap. 2.3, S. 45 ff.).

Fortsetzung von Seite 179

formen sind allerdings noch zu selten von dem Wissen um die damit verbundenen Rechte und Pflichten, Möglichkeiten und Konsequenzen getragen. Erst im Falle von Scheidung oder Trennung, erst alltägliche Widrigkeiten im Leben von Alleinerziehenden u. v. a. m. lassen die Konsequenzen der gewählten Lebensform deutlicher werden. Wissen um die Lebensformen und über Kompetenzen zur Problembewältigung in diesem Kontext müssen aufgebaut werden – eine wichtige und nachgefragte Aufgabe der Haushaltswissenschaft.

In der Diskussion um Ehe und Familie lag der Fokus in der Haushaltswissenschaft lange Zeit auf der Sicherung des bestehenden Familiensystems (und damit auch der Legitimierung der eigenen Disziplin). Seit den 1980er Jahren wurde die grundlegende Funktion der Haushalte als Zentren der Lebensführung mehr und mehr unabhängig von der Lebensform betont.

Beginnend in den 1980er-Jahren, vor allem aber ab den 1990er-Jahren wurden Aspekte des Wandels weniger oder nicht mehr (nur) an den traditionellen Werten der Familie gemessen, sondern vor allem als Herausforderung an die Disziplin wahrgenommen. Thiele-Wittig hat z. B. den Wandel der Lebensformen als Ausdruck der „innovativen Kraft der Haushalte“ erkannt und gewürdigt und auf die damit verbundenen Herausforderungen hingewiesen (vgl. Thiele-Wittig 1992, 1996, 2000). Im Dreieck zu den Wirtschaftsaufgaben des Haushalts hat Blosser-Reisen (1980, S. 38) als grundlegende

Aufgabe der Haushalte festgehalten, dass persönliches Wollen, ökonomisches Können und soziales Dürfen in Einklang gebracht werden müssen. Die sogenannten neuen Lebensformen sind ein gutes Beispiel dafür, dass das persönliche Wollen das soziale Dürfen beeinflusst und verändert hat. Damit kann auch verdeutlicht werden, dass und wie der Wandel der Gesellschaft vom kollektiven Handeln der Einzelnen ausgeht (Methfessel 2003). Eine Aufgabe der Haushaltswissenschaft wird daher sein, die mit diesem Wandel verbundenen Herausforderungen weiter zu analysieren und Hilfestellungen für die betroffenen Haushalte zu entwickeln.

Literaturangaben siehe Seite 190

Prof. Dr. Silke Bartsch
Pädagogische Hochschule Karlsruhe
Institut für Alltagskultur und Gesundheit
Bismarckstraße 10
76133 Karlsruhe
Tel. +49 721 925 4658, bartsch@ph-karlsruhe.de

Prof. Dr. Barbara Methfessel
Pädagogische Hochschule Heidelberg
Institut für Alltags- und Bewegungskultur
Im Neuenheimer Feld 561
69120 Heidelberg
Tel.: +49 6221 477-374, methfessel@ph-heidelberg.de

Tatsächlich ist die Zufriedenheit bei Menschen, die familiär eingebunden sind, vergleichsweise hoch. Auf einer Skala von 0 bis 10 (von ganz und gar unzufrieden bis ganz und gar zufrieden) liegt die Lebenszufriedenheit aller in den alten Bundesländern lebenden Deutschen bei 6,9. Vergleichsweise niedriger als der Durchschnitt ist sie mit 6,6 bei Alleinlebenden, mit 6,7 bei Ledigen, mit 6,3 bei Geschiedenen und getrennt Lebenden und mit 6,5 bei Alleinerziehende; mit 7,0 am höchsten liegt die Lebenszufriedenheit von (Ehe-)Paaren mit und ohne Kinder. Auf insgesamt niedrigerem Niveau gelten diese Beobachtungen auch für die neuen Bundesländer (Statistisches Bundesamt/WZB 2011, S. 46, Tab. 2).

Sogenannte neue Lebensformen sind für viele Jugendliche (gelebte) Realität und damit selbstverständliche Optionen, die keiner festen Abfolge im biografischen Verlauf folgen müssen. In Klassengesprächen wird die Vielzahl der Möglichkeiten zwar als eher vorteilhaft beschrieben, gleichzeitig sehen viele die neuen Lebensformen noch als Übergang zu einer „richtigen“ Familie (ob mit Ehe oder ohne).

Im Unterricht mit Jugendlichen genauso wie in Seminaren mit Studierenden zeigen sich auffallend große grundlegende Wissenslücken bezüglich der mit den verschiedenen Lebensformen verbundenen Rechte und Pflichten. Den Betroffenen werden diese Zusammenhänge i. d. R. erst im Falle von Scheidung oder Trennung oder – wie im Leben von Alleinerziehenden – in alltäglichen Konflikten im Rahmen der Lebensführung deutlich. Problematische Konsequenzen der gewählten Lebensform bzw. deren Gestaltung sind oft erst der Auslöser für eine grundlegende Reflexion. *Wer weiß, wenn er bzw. sie heiratet, was das Eherecht und was das Scheidungsrecht beinhaltet? Wer bedenkt die Folgen der Arbeitsteilung, insbesondere bei der Organisation nicht ehelicher Lebensgemeinschaften? Wer verfolgt entsprechende Zeitungsnachrichten und zieht daraus Folgerungen für die eigene Lebenssituation – heute und zukünftig?* Beziehungen werden (zumindest im subjektiven Verständnis) überwiegend auf Basis von Zuneigung und Vertrauen eingegangen. Entsprechend werden direkte und indirekte ökonomische und juristische Implikationen zu selten ausreichend bedacht.

Kenntnisse über mögliche Folgen der gewählten Lebensform sowie deren aktive Gestaltung werden mit den sich ändernden gesetzlichen Rahmenbedingungen immer wichtiger. Als wesentliches Element der Lebensführung ist der Themenbereich Lebensformen mit grundlegenden Fragen der Haushaltswissenschaft verflochten und betrifft alle Aufgaben und Funktionen des Haushalts: Von der Gestaltung der Arbeitsteilung im Haushalt über die verschiedenen Bereiche der Ressourcenzulokation bis hin zur Altersvorsorge werden aktuelle Diskussionsbereiche berührt und sollten daher selbstverständlich Inhalt einer haushaltsbezogenen Bildung sein.

Die neuen Lebensformen verbieten daher auch, beim Thema *Ehe und Familie* ausschließlich diese Lebensform als Norm zu betrachten und ihrer Pflege und ihrem Erhalt zu dienen. Vielmehr sollten Jugendliche in die Lage versetzt werden, eine Entscheidung für eine für sie passende Lebensform treffen zu können, in dem sie lernen, gegenwärtige und zukünftige Folgen für

Schutz von Ehe und Familie

Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes (Artikel 6, Absatz 1): Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung. Die Ehe ist danach eine „auf Dauer angelegte, in der rechtlich vorgesehenen Form geschlossene, grundsätzlich unauflösliche Lebensgemeinschaft von Mann und Frau.“

Deutscher Bundestag, weitere rechtliche Ausführungen zur Ehe sind Teil des BGB (Familienrecht, 4. Buch §§ 1297 bis 1588).

sich und andere abzuschätzen – soweit das möglich ist. Dazu gehört Wissen über die Eckpunkte des Familien- und Scheidungsrechtes sowie über grundlegende rechtliche Prinzipien in Bezug auf Familienrecht, Altersvorsorge etc. Im Unterricht kann dies exemplarisch am Beispiel der Ehe erarbeitet werden. Darüber hinaus sollte über die legitimen Wünsche nach „Liebe“, „Zugehörigkeit“, „Geborgenheit“ etc. und die dahinter stehenden sozialen Bedürfnisse in verschiedenen Altersphasen und Lebenslagen in Lerngruppen nachgedacht und gesprochen werden – auch um sich ändernde Bedürfnisse im Lebensverlauf erkennen und reflektieren zu können. Diskussionen zum Umgang mit Freiheit und Verantwortung in familialen Lebensformen gehören ebenfalls dazu. Über gesellschaftliche Entwicklungen in demokratischen Systemen und deren Wechselwirkung mit Haushalten kann gelernt und reflektiert werden, dass und in welcher Weise Haushalte sowohl Betroffene als auch Akteure von gesellschaftlichem Wandel sind (Thiele-Wittig 1992; Methfessel 2003).

Im Folgenden wird an Beispielen entwickelt, welche Potenziale der Themenbereich „Lebensformen“ in der Schule hat. Die vorgeschlagenen Fragestellungen und Themen eignen sich auch für einen fächerübergreifenden Unterricht.

2. Ehe und Familie – Solidargemeinschaft mit rechtlichen Voraussetzungen und Folgen

Wie in Bartsch/Methfessel dargestellt (Teil 1 i. d. Heft), ist die Ehe in Deutschland gesetzlich geschützt, als Grundrecht (siehe Kasten) verankert und unterliegt entsprechend geregelten Voraussetzungen (Volljährigkeit, unterschiedliches Geschlecht, keine weitere Ehe etc.). Wie stark sich die gesellschaftlichen Vorstellungen von Familie gewandelt haben, ist durch die gravierenden Änderungen der Bestimmungen des Familienrechtes nachvollziehbar.

Beispiele des Wandels: Namensrecht

- Bis 1977 wurde der Ehenamen patrilinear festgelegt: Der Name des Mannes wurde automatisch der Ehefrau. Wurde die Frau „schuldig“ geschieden, konnte ihr das Weiterführen des Namens ihres geschiedenen Mannes sogar untersagt werden. Nach einer ersten Reform 1957 konnte die Frau ihren Namen an den Ehenamen anhängen.
- Seit 1977 kann entweder der Name des einen oder des anderen Ehepartners als gemeinsamer Familiennamen ge-

wählt werden. Der- bzw. (meist) diejenige, dessen bzw. deren Name nicht als Familienname bestimmt wird, kann seinen bzw. ihren bisherigen Familiennamen dem gemeinsamen Familien- und Ehenamen mit Bindestrich voranstellen oder anfügen.

■ Seit 1991 ist zudem möglich, anstelle eines gemeinsamen Ehenamens jeweils die bisherigen Namen weiterzuführen. Paare müssen sich aber auf den Nachnamen zukünftiger Kinder einigen, denn ein Doppelname aus den Namen der Eltern wurde 1994 abgelehnt².

Der Gesetzgeber bei der Namensgebung den neuen geschlechtergerechten Vorstellungen. Damit ist er – angesichts der noch vorherrschenden Bevorzugung des Namens des Mannes als Familiennamen – an dieser Stelle der Realität voraus³.

Hinweise für den Unterricht

■ Die Entwicklung des Namensrechtes kann genutzt werden, um den Wandel vom patriarchalen zum eher gleichberechtigten Familienkonzept deutlich zu machen.

■ Über Erkundungen im privaten Umfeld kann diskutiert und reflektiert werden, wie dieses Recht dort bisher genutzt wurde und welche Begründungen für die jeweiligen Namensentscheidungen genannt werden. Interessant dürften v. a. die Beweggründe für die Bevorzugung des Namens des Mannes sein. Anhand der Frage, welche Namensregelungen die Jugendlichen selbst bevorzugen würden, können deren eigene Vorstellungen zur Namenswahl reflektiert werden.

Beispiele des Wandels: Selbstbestimmung in der Ehe

Bis 1977 schränkte das Eherecht die Rechte der Frauen gravierend ein und stand damit im Widerspruch zum Grundgesetz.

■ Ehefrauen waren zur Erledigung der Hausarbeit verpflichtet.

■ Der Ehemann durfte entscheiden, ob seine Frau erwerbstätig sein durfte oder musste. Ihm war erlaubt, das Erwerbsverhältnis seiner Frau zu kündigen, wenn er an ihrer Haushaltsführung etwas auszusetzen hatte.

■ Frauen waren zur Erwerbsarbeit verpflichtet, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse dies verlangten; das wiederum definierten die Ehemänner. Im Gegenzug konnten die Männer nicht zur Mithilfe im Haushalt verpflichtet werden.

■ Männer hatten die Verfügungsgewalt über das Vermögen ihrer Frauen.

■ Männer hatten weitgehende Verfügungsgewalt über den Körper ihrer Frau.

■ Scheidung war tabuisiert, rechtlich erschwert und konnte aufgrund des „Schuldprinzips“ für Frauen verheerende ökonomische und soziale Folgen haben.

Diese bis 1977 (!) geltenden Bestimmungen verdeutlichen das patriarchale Konzept des alten Eherechtes. Es beinhaltete grundlegende (Un-)Rechte, die heute eher in kritischen Diskussionen zu anderen Kulturen behandelt werden. Die Reform des Eherechtes war daher ein historischer Erfolg auf dem Weg zur Gleichberechtigung! Die demokratische Bewegung, die weit über die 68er-Studentenbewegung hinausging, hat in den 1970er-Jahren bis in die 1990er-Jahre zahlreiche weitere Änderungen durchgesetzt, u. a.:

■ 1974 wurde der sogenannte Kuppeleiparagraph abgeschafft, der nicht verheirateten Personen beiderlei Geschlechts verbot, zusammenzuwohnen. Damit wurden auch nicht eheliche Lebensgemeinschaften, gemischt-geschlechtliche Wohngemeinschaften möglich.

■ Das Abtreibungsrecht wurde verändert: Abtreibungen wurden unter bestimmten Bedingungen legalisiert.

■ Frauen setzten durch, dass Gewalt und Vergewaltigung in der Ehe strafbar wurden.

■ Alleinerziehende Mütter (und deren Kinder) wurden weniger diskriminiert und bekamen mehr Rechte.

■ Mehr Männer entschieden sich bewusst und öffentlich für ein „Hausmann-Dasein“ oder eine aktive Vaterschaft. Weitere Ergebnisse waren u. a. der Vaterschaftsurlaub, das gemeinsame Sorgerecht.

■ Männer setzten – auch ohne Ehe – zunehmend mehr Rechte für Väter durch.

■ Gewalt gegen Kinder wurde verboten, auch in der Familie.

Hinweise für den Unterricht

Vielen Jugendlichen und Studierenden ist nicht bewusst, wie lange in der Nachkriegszeit noch traditionell patriarchale Strukturen das Gesetz bestimmten und welche Folgen sie für die Lebenssituation der Frauen hatten. Die aktuelle Diskussion um die unzureichende Altersvorsorge von älteren Frauen ist nur eine Folge dieses Prozesses. Viele wissen nicht, dass die relativ neuen Veränderungen Ergebnis des Widerstands in der (meist weiblichen und jungen) Bevölkerung sind. Der Vergleich der Gesetze von 1977 und den danach folgenden Änderungen kann als Ausgangspunkt für die Diskussionen um Gleichberechtigung oder die Bedeutung der rechtlichen Regelungen für das Zusammenleben dienen (auch zu den später aufgeworfenen Fragen).

Mögliche Vorgehensweisen und Themen:

■ Informationen zum alten Eherecht einer Zeit in Deutschland zuordnen lassen (ggf. Zeiten vorgeben wie Mittelalter, 18. Jh./Kaiserzeit, Nationalsozialismus, BRD in der Nachkriegszeit); diese Zuordnungen begründen oder vermuten lassen, in welchen Ländern die Aussagen des alten Eherechtes noch in

² Vgl. auch http://de.wikipedia.org/wiki/Eherecht_Prozent28DeutschlandProzent29 [Zugriff Nov. 2012].

³ <http://www.sueddeutsche.de/leben/2.220/namenswahl-nach-der-heirat-bekennnis-zum-mann-1.79245>; <http://www.eltern.de/beruf-und-geld/recht/familienname.html?special=printArticle>.

⁴ Vgl. hierzu und zum Folgenden auch Methfessel (2003)

der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gelten bzw. galten (Länder zur Auswahl stellen).

■ Beraten, was die unterschiedlichen rechtlichen Bestimmungen für das alltägliche Zusammenleben in Haushalt und Familie beinhalten, wen sie bevorzugen und wen sie benachteiligen. Alternativ: Rollenspiele zu Alltagssituationen können zutage bringen, wie innerfamiliäre Machtverhältnisse mit welchen Folgen für wen gelebt werden (können).

■ Alternativ: Frei von Zeit und Raum begründete Entscheidungen aus Sicht eines Mannes und einer Frau treffen lassen, ob unter den rechtlichen Bedingungen der 1970er-Jahre er bzw. sie heiraten würden. Auf dieser Grundlage gegebenenfalls fiktive Änderungen des Eherechts erarbeiten lassen. Am Ende die Jugendlichen Raum und Zeit zuordnen lassen bzw. begründete Vermutungen aufstellen lassen, wann und wo diese rechtlichen Bedingungen gelten bzw. gegolten haben; daran anschließend im historischen Kontext mit Blick auf die Veränderungen bis heute diskutieren.

Bei all dem ist zu beachten, dass zwischen Frauen und Männern sowie unterschiedlichen Kulturen Differenzen auftreten können, die nicht zu Überzeugungselogen führen sollten, sondern zur konstruktiven Diskussion und Reflexion innerhalb der Jugendlichen genutzt werden können (Methfessel 1993).

Beispiele des Wandels: Arbeitsteilung und sozial-ökonomische Sicherung

Die Aufteilung der Hausarbeit wurde im neuen Ehegesetz geschlechtsneutral geregelt und den Eheleuten selbst überlassen.

Die Folgen ihrer Entscheidung müssen sie nun eigenverantwortlich tragen⁵. Die (langfristigen) Konsequenzen sind vielen unbewusst. Da u. a. traditionelle Rollenbilder fortwirken, übernehmen mehrheitlich Frauen heute nach wie vor den größeren Anteil der Hausarbeit (auch bei gleichzeitiger Erwerbstätigkeit, vgl. Teil 1 sowie Methfessel/Schmitt 2008). Sie sind auch eher bereit (und durch die ungleichen Löhne gezwungen), die Erwerbsarbeit zugunsten der Familie zu reduzieren.

Eine sogenannte Hausfrauenehe⁶ setzt die ökonomische Sicherung der Familie durch die (arbeits-)lebenslang stabile und ausreichend bezahlte Erwerbsarbeit des Mannes voraus, ebenso wie dessen Bereitschaft, die Ehe aufrechtzuerhalten. Das bürgerliche Ideal der Hausfrauenehe war daher immer nur unter diesen Bedingungen möglich und mutierte zum Statussymbol; so mussten Frauen aus sozial schwächeren Familien dem Mann und/oder der Not gehorchend immer schon erwerbstätig sein. Bürgerliche Frauen wünschten zunehmend eine Erwerbstätigkeit, und das Ideal der „fürsorgenden Hausfrau (und Mutter)“ wich dem der emanzipierten Partnerin, die in der Realität zusehen musste, dass sie Haus- und Erwerbsarbeit „unter einen Hut brachte“.

Staatlich gefestigt wurde und wird das alte Ideal der Hausfrauenehe einerseits durch das Ehegesetz und andererseits durch die Steuergesetzgebung beim Ehegattensplitting (s. u.). Verstärkt wird diese Arbeitsteilung durch das niedrigere Einkommen von Frauen und staatliche Transferzahlungen wie das Erziehungsgeld.

Heute ist diese Sicherheit von Arbeitsplatz und Familieneinkommen nicht mehr gegeben. Gerade Familien mit geringen Einkommen müssen mit weiter sinkendem Realeinkommen und immer mehr Erwerbstätige mit unsicheren Arbeitsplätzen rechnen. Die Sicherung des Familieneinkommens verlangt von immer mehr Familien/Partnern entweder mehrere Anstellungen eines Ehepartners bzw. Elternteils oder eine Erwerbstätigkeit beider.

Überschuldung

Wie problematisch eine prekäre ökonomische Lage werden kann, zeigt der Überschuldungsreport 2012: Arbeitslosigkeit ist mit 31,8 Prozent nach wie vor der am häufigsten genannte Auslöser von Überschuldung, gefolgt von Scheidung/Trennung (12 Prozent), unangepasstem Konsumverhalten (10,8 Prozent), Krankheit (10,2 Prozent) und gescheiterter Selbstständigkeit (9 Prozent) (Institut für Finanzdienstleistungen e. v./Stiftung für private Überschuldungsprävention 2012, S. 15, Abb. 3)⁷. „Die unerwarteten Ereignisse (Arbeitslosigkeit, Scheidung, Krankheit und Tod des Partners) ..., machen die mit Abstand größte Gruppe der Gründe aus. Hierauf entfallen fast 56 Prozent gegenüber nur etwa 17 Prozent der Fälle, die auf vermeidbares Verhalten zurückzuführen sind“ (ebd. S. 16).

Der Akzeptanz der Zuweisung der Hausarbeit an die Frauen liegen objektive Gründe (höhere Einkommen der Männer, nicht ausreichende und qualifizierte Kinderbetreuung) zugrunde, aber auch die (un)bewussten Hoffnungen mancher Frauen, über den Hausfrauenstatus dem Druck der Erwerbsarbeit entfliehen zu können, oder den Erwartungen von Männern, von der Versorgung durch die Mutter in die Versorgung durch die Frau wechseln zu können.

Hinweise für den Unterricht

Trifft die idyllische Vorstellung der „Versorgungsehe“ auf die Realität, folgt konfliktträchtige Ernüchterung, weil sich die Hausarbeit nicht von allein macht. Im elterlichen Haushalt genießen heute häufig auch die älteren Kinder einen (teilweisen) „Hotel-Mama-Service“; der Auszug aus dem Elternhaus, der besonders von Jungen gerne hinausgezögert wird, ist mit der Übernahme dieser Hausarbeiten verbunden. Ziehen Paare zusammen, treffen unterschiedliche Vorstellungen aufeinander, aber es bleibt meist noch persönliche Zeit für jeden Partner üb-

⁵ Zu den verschiedenen Möglichkeiten vgl. Ketschau/Methfessel (2005).

⁶ Da hier mehrheitlich Frauen betroffen sind, wird hier vor allem Bezug auf Frauen genommen.

⁷ Vgl. dazu auch die WISO-Fernsehsendung vom 12.11.2012 [<http://wiso.zdf.de/ZDF/zdfportal/web/ZDF.de/WISO/2942354/25123874/764536/Leben-auf-Pump.html>].

rig; zuweilen ist ausreichend Geld da, um Dienstleistungen einzukaufen. Der Übergang von der relativ „freien“ Zeit mit eher ausreichend finanziellen Mittel als Paar zur Elternschaft ist dann besonderen Herausforderungen ausgesetzt: Die Kosten und häuslichen Anforderungen steigen, die Verdienstmöglichkeiten werden aufgrund der verfügbaren Zeit geringer. Hier hat Unterricht die Funktion, auf diese Realität vorzubereiten und frühzeitig Handlungsalternativen vorzustellen. So können die unterschiedlichen Optionen der Arbeitsteilung (Ketschau/Methfessel 2005) diskutiert und auf ihre Folgen hin reflektiert werden.

Fallbeispiele (oder Interviews) von jungen Müttern oder Vätern oder auch Großeltern bieten sich als Grundlage für Diskussionen und Entwicklungen von möglichen Szenarien an. Hierbei sollten drei Ebenen beachtet und auseinander gehalten werden:

- Fragen zur Geschlechtsidentität und Geschlechtergerechtigkeit
- Vor- und Nachteile der Organisationsformen
- Gesellschaftliche Rahmenbedingungen.

In Zukunftswerkstätten könnten Jugendliche gesellschaftliche Rahmenbedingungen entwickeln, um Familien zu fördern. Daran können sich realitätsnahe Diskussionen anschließen, in denen zum Beispiel auch generationsübergreifende Modelle des gesellschaftlichen Miteinanders entwickelt werden, die nicht allein auf Geldleistungen fokussieren. Das noch spielerische Entwickeln „was wäre, wenn“ ermöglicht eine Auseinandersetzung mit verschiedenen Möglichkeiten, ohne dass eine direkte Existenzbedrohung vorliegt. Zu beachten ist, dass bei sozial schwachen Jugendlichen schon Resignation vorherrschen kann und diese nicht verstärkt werden sollte.

Beispiele des Wandels: Scheidung

Trotz der in den letzten 30 Jahren erfolgten stärkeren Gleichberechtigung der Ehepartner und der Erleichterung von Scheidungen kann die andauernde Ungleichverteilung von Hausarbeit im Scheidungsfall sowie bei der Altersvorsorge und den damit verbundenen Veränderungen der Unterhaltssicherung zu großen Problemen führen.

Der Verlust des eigenständigen Versorgungsanspruchs trifft vor allem Frauen, die wegen der Familie auf ein eigenes berufliches Fortkommen verzichten. Die gesetzliche „Stärkung der nahehelichen Eigenverantwortung“ lässt diese Frauen die Folgen der (selbst gewählten) „Hausfrauenehe“ vorwiegend alleine tragen, weil die erbrachten Erziehungsleistungen (und/oder Pflegeleistungen) von der Alterssicherung kaum angerechnet werden und interne Regelungen während der Ehe im Streitfall i. d. R. „unter den Tisch fallen“, so z. B. die „gemeinsamen“ kapitalbildenden Lebensversicherungen (vgl. dazu Teil 1).

Formal sind Mann und Frau gleichberechtigt und dürfen selbst bestimmen, wie sie Haushaltsführung und Kinderversorgung organisieren wollen. Sie müssen dies aber in Strukturen entscheiden, in denen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie so wenig durch (qualitativ hochwertige) familienunterstüt-

zende Institutionen (Krippe, KiTa) und familienfreundliche Arbeitsbedingungen unterstützt wird, dass de facto häufig von einem oder beiden Elternteil(en) verlangt wird, die Erwerbsarbeit zu reduzieren oder aufzugeben.

Da die Entgeltlücke zwischen Männern und Frauen im bundesdeutschen Schnitt bei 23 Prozent (Bruttostundenlohn 2010) liegt (in den alten Bundesländern mit 25 Prozent deutlich höher als in den neuen Bundesländern mit sechs Prozent; Deutscher Bundestag 2012, S. 331), verzichten Frauen zugunsten des Familienhaushaltes zum Wohl der Familie eher auf ihr eigenes berufliches Fortkommen. Besonders kritisch ist daher die Phase der Familiengründung, durch die oft Brüche in der partnerschaftlichen Aufteilung der Hausarbeiten entstehen (Meier 2003; BMSFS 2012). Diese Zusammenhänge werden von Paaren, die sich in einer Phase der positiven Beziehung für ein Hausmann-/Hausfrau-Modell oder die Reduktion der Erwerbstätigkeit entscheiden (müssen), ebenso wenig bedacht wie die grundlegenden Absicherungen dieses Status (Versicherungsschutz, Altersvorsorge etc.).

Folgerungen für den Unterricht

Die Unterhaltssicherung nach Scheidung oder nach Tod eines Ehepartners spiegelt die Problematik wider, die im Widerspruch zwischen demokratischen Ansprüchen, gesellschaftlichen Strukturen sowie den Interessen und Identitäten von Männern und Frauen liegt. Diskussionen über ökonomische Folgen einer Scheidung erscheinen Paaren schnell als Misstrauensbeweis. Dabei ist eine konstruktive Diskussion darüber meist nur möglich, solange man sich gegenseitig Gutes wünscht.

Schulischer Unterricht kann einen „neutralen Raum“ für solche Überlegungen bieten; zu bedenken sind die heterogenen Erfahrungen der Jugendlichen, die einen sensiblen Umgang der Lehrpersonen mit dem Thema erfordern. Das Thema enthält zahlreiche Ansätze für Unterrichtsgespräche (Geschlechterverhältnis, Arbeitsteilung, Einkommensdifferenzen, Finanzplanung, Alterssicherung, Absicherungen bei Aussetzen oder Reduktion der Erwerbstätigkeit etc.).

In den Unterrichtsgesprächen werden auch – ob bewusst oder unbewusst – Normen wirksam, die reflektiert werden sollten: Die Gleichwertigkeit der Berufstätigkeit von Männern und Frauen, die beharrliche Zuweisung der Hausarbeit und Pflegearbeiten von Familienangehörigen an Frauen, die Vor- und Nachteile der unterschiedlichen Familien-Modelle u. v. a. m. Diese Themen bekommen eine andere Dringlichkeit, wenn man nicht nur von der Sicherung durch die Ehe ausgeht, sondern von den langfristigen Folgen (einschließlich der unterschiedlichen sozialen und ökonomischen Sicherung im Alter etc.). Da Arbeitslosigkeit mit 31,8 Prozent der häufigste und Scheidung/Trennung mit zwölf Prozent der zweithäufigste Auslöser von Überschuldung sind, und mit einer Scheidung z. T. Arbeitslosigkeit oder die Annahme schlechter Arbeitsbedingungen (meist bei Frauen) verbunden sind, ist die Frage der finanziellen Folgen grundlegend und wird dennoch meist unterschätzt.

Beispiele für den Unterricht:

■ Anhand von Fallbeispielen⁸ und Arbeitsunterlagen⁹ kann diskutiert werden, welche Absicherungsmodelle für die Ehepartner/-innen, die wegen der Betreuung und Versorgung der Kinder oder der Pflege von Eltern(teilen) ihre Berufsarbeit aufgeben oder reduzieren, möglich und notwendig sind (angefangen von der Unfallversicherung über die Sicherung der Rente bis hin zum Unterhalt im Falle von Scheidung oder anderen Gründen des Ausfalls des Partnereinkommens).

■ Im Rahmen der Bildung zur finanziellen Sicherung können verschiedene Altersvorsorgemodelle aus der Perspektive des erwerbstätigen und des nichterwerbstätigen Partners beurteilt werden (Beispiel: Kapitallebensversicherungen¹⁰, die v. a. den erwerbstätigen Personen – meist Männern – nützen, die auch bestimmen können, wer begünstigt wird).

■ Einige Männer (v. a. ältere mit geringem Bildungsgrad in den alten Bundesländern) bevorzugen das traditionelle Hausfrauenmodell, sobald Kinder im Haushalt leben. Zum Wohle der gemeinsamen Kinder sollen Frauen – nach Ansicht vieler (Männer) – zumindest auf die volle Berufstätigkeit verzichten. Diese Begründung verliert meist nach der Scheidung ihre Bedeutung. Unterhaltszahlungen werden von den Unterhaltspflichtigen (v. a. Männern) häufig als ungerecht empfunden, da sie nicht mehr von der (unbezahlten) Hausarbeit der Frauen profitieren können. Kommt die Hausarbeit gar einem anderen Mann zugute, zählt das Kinderargument meist gar nicht mehr. Fallbeispiele im biografischen Verlauf, die aus unterschiedlichen Perspektiven unterschiedlich bewertet werden können, erleichtern kritische Diskussionen bei Jugendlichen, da Widersprüche und Ungerechtigkeiten offenbar werden.

Die Organisation des Alltags kann am Beispiel der Mithilfe von Kindern und Jugendlichen thematisiert werden. Standpunkte und Haltungen gegenüber den „Serviceleistungen von Müttern“ (seltener von Vätern) unterscheiden sich sozialisationsbedingt häufig zwischen Jungen und Mädchen. Diskussionen mit Jugendlichen über „Wer macht was und warum für wen“ fokussieren oft auf die Motive „Liebe“ und „Fürsorge“, welche die privaten und beruflichen Arbeitsbelastungen von Müttern „vergessen“ lassen. Die aktuelle häusliche Situation kann Ausgangspunkt für die zukünftige Gestaltung des eigenen Haushaltes (ohne/mit Partner, ohne/mit Kindern) sein. Da der Appell an die „Liebe“ (der Frauen) ein häufiger Grund für Ungerechtigkeiten gegenüber Frauen ist, sollte das legitime Entmischen der Beziehungsebene („Vertrauen“, „Liebe“ etc.) von der Sachebene („Wer trägt wofür jetzt die Lasten und wer trägt jetzt und zukünftig die Folgen?“) geübt werden. „Liebe“ als romantisches Allheilmittel in „guten Zeiten“ hilft in „schlechten Zeiten“ nicht weiter. Ohne die Bedeutung positiver Gefühle mindern zu wollen, sollte „Liebe“ entmythisiert

werden, indem sie als Argument für Ungerechtigkeit bzw. Benachteiligung infrage gestellt wird.

■ Die Beispiele betreffen vor allem die (finanzielle) Benachteiligung von Frauen. Auch für Männer ergeben sich (wenn auch weniger häufig finanziell) Nachteile sowohl durch spezifische Beziehungsgefüge als auch durch die Folgen von Scheidung und Trennung.

Beispiele, über die man diskutieren kann, finden sich wöchentlich in Zeitschriften, Internet oder Fernsehen. Die Recherchen für solche Beispiele können auch gut von Jugendlichen übernommen werden. Diese können sich darüber mit der Vielfalt der Folgen auseinandersetzen und eigene Positionen erarbeiten.

Beispiele des Wandels: „Nicht eheliche Lebensgemeinschaft“ Paare, die sich für nicht eheliche Lebensgemeinschaften entscheiden, müssen die Struktur ihrer Lebensführung und die damit verbundenen Folgen selbstständig bestimmen und verantworten (vgl. Teil 1). Mit zunehmender Stabilität der Beziehung sollten z. B. Entscheidungen über den getrennten oder gemeinsamen Umgang mit Einkommen, die alltägliche Haushaltsführung und größere Anschaffungen getroffen werden. Ungleiche Einkommen oder unterschiedliches Engagement in der Erwerbsarbeit erschweren eine gleichberechtigte Haushaltsführung, gemeinsame Unternehmungen etc.

Werden gemeinsame Kinder geboren, müssen nicht nur Entscheidungen zum Sorgerecht und zur Namenswahl getroffen werden, sondern auch die Erwerbs-, Haus- und Familienarbeit mit Rücksicht auf die Kinderversorgung organisiert und die Frage geklärt werden, wie im Fall von Trennung und Tod für die Kinder vorgesorgt werden soll.

Da zentrale Fragen nicht über das Eherecht geklärt sind, sollten private Verträge geschlossen werden.

Zentrale Entscheidungen für nicht eheliche Lebensgemeinschaften

- Patientenverfügungen
- Verfügungsbefugnis über Einkommen und Vermögen des Partners/der Partnerin
- Erbansprüche (Testament)
- Unterhaltsansprüche (auch bei Trennung)
- Aufteilung des gemeinsam erwirtschafteten Sach- und Geldvermögens und ggf. Abfindungen im Falle der Beendigung der Partnerschaft
- Zuständigkeiten für die Kinder
- Ersatz für Versorgungsausgleich

⁸ Beispiele finden sich wöchentlich in Zeitschriften; zu zahlreichen Fällen findet man im Internet Filme (z. B. zum Thema „Arm im Alter“: <http://www.youtube.com/watch?v=S237ShglfDQ>. – Zugriff Nov. 2012).

⁹ Hier können sowohl Materialien aus www.verbraucherbildung.de als auch Materialien der VZ und Zeitschriften wie *Warentest* und *Ökotest* genutzt werden.

¹⁰ Zu vielen grundlegenden Themen finden sich Arbeitspapiere der Verbraucherkommission B-W auf deren Homepage, unter anderem auch zur Bewertung von Altersvorsorgeoptionen

[http://www.verbraucherkommission.de/servlet/PB/show/2931896/StellungnahmeProzent20VKProzent20Lebensversicherungen_06112012.pdf].

Folgerungen für den Unterricht

Die in privaten Übereinkünften getroffenen und in Verträgen festzuhaltenden Verfügungen beinhalten grundlegende Haushaltsentscheidungen und -prozesse, die Jugendliche mit Haushaltserfahrungen aus der „Kindersicht“ nicht (bewusst) erlebt haben. Über die Diskussion der zu klärenden Aspekte wird zum einen Wissen für die Gestaltung der Zukunft entwickelt, zum anderen über die üblichen begrenzten Vorstellungen zum Haushalt hinaus verdeutlicht, welche weitreichenden Folgen mit grundlegenden Lebensformentscheidungen im Haushalt verbunden sind. Anhand von Beispielen lässt sich entwickeln, welche langfristig problematischen Folgen tradierte Verhaltensweisen in unserer heutigen Gesellschaft haben können. Ebenso sind unhinterfragte und unreflektierte Arrangements im Hinblick auf ihre zugrunde liegenden Werte und die Folgen zu diskutieren. In den Beispielen kann man unterschiedliche Konstellationen und daran gebundene Konflikte vorstellen wie

■ Recherche- und Diskussionsauftrag: Ein Paar will zusammenziehen und einen gemeinsamen Haushalt führen.

► Was ist zu klären und zu beachten?

► Wie sollen gemeinsame Anschaffungen finanziert und organisiert werden?

► Wie soll Haushaltsführung (Arbeit und Finanzierung) organisiert werden, wenn beide unterschiedlich viel verdienen?

Bei den Entscheidungen sollte jeweils reflektiert werden, welche Folgen diese im Falle einer Trennung – oder z. B. bei langjähriger Partnerschaft – auch im Falle des Todes eines Partners bedeuten. Gleiche Fragen können auch unter der Annahme, dass man gemeinsame Kinder wünscht bzw. bekommt, gestellt werden. Zur Einführung in die meist nicht bekannte Problematik kann man kurze Fallbeispiele konstruieren (oder auch ähnliche Fälle recherchieren lassen) im Hinblick auf unterschiedliche Haushaltsressourcen. Beispiel:

► Ressource Zeit: Paar A lebt seit einem Jahr zusammen. In den Jahren zuvor hat der Mann zunehmend häufiger seine Freundin besucht und auch bei ihr gelebt. Dann ist er zu ihr in die Wohnung gezogen. Er hat ein Zimmer von einer ehemaligen Mitbewohnerin übernommen und zahlt nun die Hälfte der Miete. Er kauft mit ein, bezahlt ab und zu mal und hilft in der Küche auch mit, wenn er Zeit (und Lust) hat. Als seine Freundin ihn darauf anspricht, dass sie dieses Verhalten nicht gut findet und er sich bei Arbeit und Geld gleich beteiligen soll, reagiert er verwundert, weil sie in den ersten beiden Jahren der Beziehung mehr Unterstützung immer abgelehnt und gesagt habe, dass ihr das Spaß mache, ihn zu verwöhnen.

► Arbeitsteilung: Als Paar B zusammenzog, hatten sie sich abgesprochen, dass sie sich gegenseitig nicht bei ihren eigenständigen Aktivitäten behindern und über die Beziehung auch nicht ihre Freundeskreise vernachlässigen wollen. Als der Mann allerdings mehr als die Hälfte der Abende mit Sport und Freunden verbringt und die andere Zeit mit der Frau verbringen möchte, kommt sie in Konflikt, weil in dieser Zeitaufteilung keine Zeit mehr für den Haushalt bleibt, den er offensichtlich anders bewertet als sie.

► Ressource Geld: Bei Paar C verdient sie mehr als er. Sie möchte ihr Leben genießen, öfter ausgehen und teurere Urlaube buchen, was er sich alles nicht leisten kann. Er weiß nicht, wie er damit umgehen soll.

► Ressource Geld: Bei Paar D verdient er mehr als sie. Sie beschließen, dass er mit seinem Geld die gekaufte Wohnung abbezahlt, in der sie für eine geringfügige Mietbeteiligung wohnen darf und dass er auch die großen Anschaffungen tätigt wie Haushaltsmaschinen und das Auto. Sie bezahlt dafür den alltäglichen Lebensunterhalt und leistet den größten Teil der Hausarbeit. Als es zur Trennung kommt, behält er die Wohnung und deren Einrichtung und das Auto und ihr bleibt die Erinnerung.

Beispiele des Wandels: eingetragene Partnerschaft

Homosexualität wird zunehmend als Teil der Lebenswirklichkeit und neue Lebensform gesellschaftlich akzeptiert. Populäre Rollen(Vor-) Bilder im Bereich Kunst, Politik und Sport haben einen wesentlichen Anteil an dieser gesellschaftlichen Anerkennung. Die Presse berichtete zunehmend über die „neuen Familien“ („Regenbogenfamilien“), die im Alltag mit gleichen Problemen wie die traditionellen Familien konfrontiert sind. Das Wissen darüber, dass Homosexualität für einen begrenzten Anteil der Menschen natürlich und nicht „ansteckend“ ist und Pädophilie nicht häufiger auftritt als bei Heterosexuellen, ist (auch) bei Jugendlichen meist nur wenig vorhanden. Es ist aber Voraussetzung für eine größere Toleranz gegenüber den Lebensformen Homosexueller.

Die Auseinandersetzung mit Homosexualität ist für Jugendliche in der Phase der Geschlechtsrollenfindung nicht selbstverständlich. Homosexualität gilt als verdächtig. Schwul sein ist ein gängiges Schimpfwort auf den Schulhöfen. Schwule sind für viele keine „richtigen Männer“ und Lesben „frustrierte Zicken“. Neue Lebensformen sind damit auch eine Herausforderung für die „Kultur des Zusammenlebens“ (von Schweizer 1988, S. 230f.).

Haushalte sind ...

„... Zentren der Lebensgestaltung zum Überleben, zur Persönlichkeitsentfaltung und zur Bildung der Kultur des Zusammenlebens der Haushalts- und Familienangehörigen miteinander und mit anderen des sozialen Umfelds.“ (v. Schweizer 1988, S. 230f.)

Folgerungen für den Unterricht

Eine Auseinandersetzung über die Gleichstellung der eingetragenen Partnerschaft und die Beschäftigung mit der Geschichte der Diskriminierung der Homosexualität bieten aktuelle und für die Jugendlichen auch brisante Themen. Damit können „Stammtisch-Diskussionen“ hinterfragt und geschlechtliche Orientierungen als gegeben und selbstbestimmbar akzeptiert werden. Solche Themen und ihre Diskussion können Jugend-

lichen ermöglichen, selbstbewusster die Frage nach ihrer eigenen Sexualität zu stellen und zu klären.

Zu dieser Thematik liegt bereits viel Unterrichtsmaterial vor. Das Thema Homosexualität ist im Rahmen der haushaltsbezogenen Bildung ein Beispiel für die in den neuen Haushaltsfunktionen (s. u.) genannten Rechte und Pflichten zur selbstbestimmten Lebensführung und betrifft auch die Haushaltsaufgabe zur Entwicklung der „Kultur des Zusammenlebens“.

Die Forderungen nach der vollständigen rechtlichen Gleichstellung von Eingetragenen Partnerschaften (vor allem bzgl. des Adoptionsrechts und des Ehegattensplittings) werfen auch Fragen nach Gleichstellung und Förderung aus der Perspektive des Kindeswohls auf.

Solche Fragen können im Zusammen mit den unten angesprochenen Diskussionen zum Ehegattensplitting gestellt und bearbeitet werden.

Ehegattensplitting

Das Ehegattensplitting ermöglicht Paaren, sich gemeinsam steuerlich veranlagten zu lassen. Bei sehr ungleichen Verdiensten wird das Durchschnittseinkommen – und damit die Steuerlast – geringer. Es bevorzugt somit Ehepaare, von denen ein Teil wesentlich weniger oder gar nicht verdient. Die Sinnhaftigkeit des Ehegattensplittings wird zunehmend infrage gestellt: Es

- unterstützt den Hausfrauenstatus zugunsten des Hauptverdieners (meistens der Mann), auch ohne dass Kinder versorgt werden bzw. wurden¹¹,
- gewichtet die Kinderversorgung in nicht ehelichen Lebensgemeinschaften (ob homo- oder heterosexuell) oder von Geschiedenen geringer und
- nimmt – so die Kritik – durch einen Steuernachlass von ca. 15 Mrd. €/Jahr¹² der notwendigen Unterstützung von Lebensgemeinschaften mit Kindern oder institutioneller Kinderbetreuung die knapp gemessenen Ressourcen.

Ein gleichberechtigtes Ehegattensplitting auch für eingetragene Partnerschaften würde weitere 30 Mill. €/Jahr kosten. Mit Prantl kann man daher fragen, ob es sich nicht um eine „Gleichbehandlung im Unsinn“ handeln würde (Prantl, Kommentar in SZ 16.8. 2012)¹³.

Folgerungen für den Unterricht

Der Wandel der Lebensformen verdeutlicht, dass eine Gesellschaft immer wieder neu klären muss, wie Lebensformen zu bestimmen und zu bewerten sind und welche schützenswert und – auch finanziell – zu fördern sind.

Mit Jugendlichen kann man an Beispielen diskutieren, welche Werte die oben genannten Positionen widerspiegeln. Sie können auch Anlass zur Reflexion darüber sein, was die Jugendlichen selbst an Unterstützung von Ehe, Familie, Großziehen von Kindern etc. erwarten, und wo ihre Eigenverantwortung gefragt ist. Die Problematik der Folgen der Reduktion von Berufstätigkeit kann auch hier behandelt werden.

Kommentare zum Thema „Heirat“ der Jugendlichen und Studierenden drücken eine Sehnsucht nach (scheinbar) einfachen Lösungen in einem unübersichtlichen und widerspruchsträchtigen Alltag aus. Die Reduzierung der Komplexität durch Ausblendung von „Störfaktoren“ ist dabei symptomatisch (vgl. IZT 2011) ebenso wie der Rückzug ins Private („cocooning“). Der „Hafen der Ehe“ als lebenslanges „Komplettversicherungspaket“, wo der oder die andere in jeder Situation für den oder die andere da ist, sich sorgt, den oder die andere vorbehaltlos (auch im Alter mit seinen hässlichen Begleiterscheinungen) annimmt, ist demzufolge verständlich. Auf der anderen Seite zeigen Berichte und Handlungsweisen junger Menschen, dass sie durchaus in der Realität angekommen sind und nach pragmatischen Lösungen suchen¹⁴. Lebensformen und (Lebens-)Partnerschaften eignen sich als Themen in der Altersphase Jugend (und junge Erwachsene), da die Partnerwahl, auch mit dem Ziel „Ehe“ und „Familie“, große Bedeutung hat. Gleichzeitig können – zum Beispiel an der Frage der Hausarbeitsverteilung – die Wechselbeziehungen zwischen den grundlegenden Handlungsebenen „Individuum, Sozialverband, Gesellschaft“ des REVIS-Würfels (REVIS-Schlussbericht¹⁵, S. 30) mit beachtet werden.

Die Herausforderung für die Bildung liegt darin, junge Menschen anzuleiten und zu ermutigen, sich der eigenen Lebenssituation mit ihren stets begrenzten Möglichkeiten zu stellen, ohne sie zu entmutigen und dazu zu verleiten, ihren „Kopf in den Sand zu stecken“ und früh- bzw. vorzeitig aufzugeben. Die eigene Lebenslage zu reflektieren und zu gestalten, bedarf zunächst den Willen, dieses zu tun, wozu entsprechende Kompetenzen erforderlich sind. Diese müssen Teil der Allgemeinbildung sein, da sie die Teilhabe an der demokratischen bürgerlichen Gesellschaft ermöglichen. Die individuellen Haushaltsentscheidungen beeinflussen umgekehrt wiederum die Ausgestaltung des gesellschaftlichen Lebens. In Abgrenzung zur traditionellen „Erziehung zur Ehe und zur Familie“ geht es darum, das Handeln der Einzelnen zwischen Freiheit und Verantwortung zu reflektieren und selbstbestimmte und verantwortliche Entscheidungen treffen zu können.

¹¹ Es soll allerdings auch – anders als dies nach der neuen Rechtsprechung bei der Scheidung der Fall ist – für die Betroffenen (meist Frauen) ein Ausgleich für die Schwierigkeiten bieten, nach der Phase des Großziehens der Kinder wieder in den Beruf einzusteigen.

¹² Guido Bohsem: „Gleichheit – aber nur fast“ (SZ 8.8.2012).

¹³ Im nahenden Bundestagswahlkampf haben die einen das Thema für sich entdeckt – und die anderen das Bewahren der Traditionen. Die FDP-Justizministerin und einige andere ihrer Partei streiten nun für etwas, was sie noch 2001 verhindert hatten. „Homo-Ehe spaltet die CSU“ (SZ 13.8.2012), „Ich kenne einige solcher Paare. Sie sind ganz normale Menschen, glücklich und ein Gewinn für unsere Gesellschaft“ (Bürgermeister Josef Janker aus Bad Tölz, SZ 13.8.2012).

¹⁴ Vgl. Shell Deutschland (2010) sowie „In der Kampfzone. Lieber heiraten als zusammenziehen. Warum es Paaren mitunter so schwer fällt, die Wohnung zu teilen. Ein Erfahrungsbericht“ (Berliner Zeitung 8./9. September 2012, S. 3).

¹⁵ http://www.ernaehrung-und-verbraucherbildung.de/evb_revis_schlussbericht.php [Zugriff Nov. 2012].

Die Entwicklung der Lebensformen fordert somit eine Erweiterung traditioneller Unterrichtsinhalte. Die Herausforderungen der Zukunft und die damit verbundenen Ziele der haushaltsbezogenen Bildung werden dabei in der Entwicklung der Haushaltsfunktionen widerspiegelt.

Die traditionellen Funktionen (vgl. Tab. 1) fassen sehr allgemein zentrale Leistungen zusammen.

Diese Leistungen sind nach wie vor grundlegend und erforderlich, treffen aber nicht alle auf jeden Haushalt zu (z. B. die generative Funktion), sondern sehen die Haushalte eher vor der Aufgabe, gesellschaftliche Erwartungen zu erfüllen (z. B. bei der Sozialisationsfunktion). Damit werden zum einen die „Akteursfunktion“ der Haushalte (Thiele-Wittig 1992; Methfessel 2003) und zum anderen der gesellschaftliche Wandel nicht (angemessen) erfasst. Letzteren findet man in den – zu ergänzenden – neuen Haushaltsfunktionen (vgl. Tab. 2). Bei den traditionellen Haushaltsfunktionen wird insbesondere das Spannungsverhältnis zwischen der Zunahme individueller Freiheiten einerseits und gesellschaftlicher Verantwortung andererseits ausgeblendet. Das alltägliche Leben muss jedoch in diesem Spannungsverhältnis gestaltet werden.

In Auseinandersetzung mit dem gesellschaftlichen Wandel wurden auch die Bildungsziele für die haushaltsbezogene Bildung differenziert (vgl. Tab. 3).

Im Curriculum der *Reform der Ernährungs- und Verbraucherbildung in Schulen (REVIS)*¹⁷ wurden – auch darauf aufbauend – Ziele und Kompetenzen weiter differenziert. Hier beziehen wir uns vorrangig auf das Bildungsziel 5:

„Die Schüler und Schülerinnen entwickeln ein persönliches Ressourcenmanagement und sind in der Lage, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen.“

Dazu gehört u. a. die Kompetenz:

„Die Schüler und Schülerinnen sind bereit und in der Lage, sich mit Zukunftschancen und Risiken der Lebensgestaltung auseinanderzusetzen“ (vgl. Fußnote 18).

In Unterrichtsstunden und in Seminarsitzungen haben wir die Erfahrung gemacht, dass die Jugendlichen oft über ihre Unwissenheit erstaunt sind und engagiert in das Thema einsteigen. Da vor allem von jungen Männern zunächst ironische Distanzierungen zu erwarten sind, kann es sich auch lohnen, das Thema in einzelnen Phasen geschlechtergetrennt bearbeiten zu lassen. Der Themenbereich verlangt dabei auch von den Lehrkräften, ihre eigenen Positionen und Lebensmuster zu reflektieren und Distanz zu ihnen zu gewinnen, um in einen offenen Dialog mit den Jugendlichen einsteigen zu können.

Nicht alle der zahlreichen Herausforderungen an das Zusammenleben konnten in diesem Beitrag thematisiert werden¹⁸. Hier standen die rechtlichen Entwicklungen und ausgewählte sozio-ökonomische Zusammenhänge im Vordergrund, in der Hoffnung, die Potenziale dieses – bisher unterschätzten – Themas verdeutlichen zu können.

¹⁶ Definition „Nachhaltig“: ökologisch, sozial und ökonomisch nachhaltig

¹⁷ Vgl. Fußnote 18; das Revis-Curriculum wurde ebenso vom HaBiFo verabschiedet.

¹⁸ Zur Diskussion der mit den Lebensformen verbundenen Arbeiten und Herausforderungen vgl. Ketschau/Methfessel (2005)

Traditionelle Haushaltsfunktionen	Leistungen
1. Generative Funktion	Leistungen für die Generationenfolge
2. Regenerationsfunktion	Psychische und physische (Gesund-) Erhaltung der Lebens- und Arbeitskraft
3. Sozialisationsfunktion	Leistungen zur Eingliederung der Einzelnen in Gemeinschaft und Gesellschaft
4. Ökonomische Funktion	Versorgungsleistungen des Haushalts als Beitrag zur gesellschaftlichen Wohlfahrt

Tab. 1 Traditionelle Haushaltsfunktionen (v. Schweitzer 1991, S. 222 ff)

Neue Haushaltsfunktionen	Leistungen
Funktion der individuellen Autonomie	Betonung von Diversität statt Konformität, Ablehnung von Hierarchie und Diskriminierung (insbesondere von ethnischen Gruppen und sozialen Normen wie z. B. Geschlechterverhältnis)
Funktion der individuellen Lebensqualität	Recht auf Versuch und Irrtum und eigene Wege zum Glück
Politische Funktion	Mitsprache in der formalen Politik, (mehr) informelles Bürgerengagement, neue Formen politischer Aktivität
Ökologische Funktion	Aktivitäten zur Umweltschonung bei Güterbeschaffung, Haushaltsproduktion und Konsum
Funktion globaler Solidarität	Anerkennung von kulturellen Unterschieden, Akzeptanz aller Nationen und ethnischen Gruppen, Streben nach Wohlstandsausgleich auf globaler Ebene

Tab. 2: Neue Haushaltsfunktionen (Piorkowsky 2000, S. 20)

Übergeordnete Bildungsziele der haushaltsbezogenen Bildung
<ul style="list-style-type: none"> ■ Eigen- und sozialverantwortliche Lebenserhaltung, -führung und -gestaltung; ■ bedürfnis- und bedarfsorientierter nachhaltiger¹⁶ Umgang mit Ressourcen; ■ Sicherung der Lebensqualität und Förderung der Alltagskultur; ■ eigen- und sozialverantwortlicher Umgang mit Gesundheit und Krankheit; ■ individuell förderliche und sozialverträgliche Kultur des Zusammenlebens in Haushalt, Familie, Gemeinschaft und Gesellschaft; ■ Entwicklung und Erhalt von Humanvermögen (bzw. humanen Ressourcen) im generationsübergreifenden Kontext; ■ zukunftsgerechte Gestaltung von Wirtschaft, Sozialleben und natürlicher Umwelt.

Tab 3.: Übergeordnete Bildungsziele (erarbeitet von der Fachdidaktischen Gesellschaft Haushalt in Bildung und Forschung, HaBiFo) (Methfessel 2005, S. 16)

Literatur*

- Institut für Demoskopie Allensbach (2009), IfD-Archiv Nr. 10048.
- Band, H.; Müller, P. (1998): Lebensbedingungen, Lebensformen, Lebensstile. In Schäfers, B.; Zapf, W. (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung. Opfaden. S. 419 – 427
- Beck, U.; Beck-Gernsheim, E. (Hrsg.) (1994): Riskante Freiheiten. Frankfurt/M.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.) (2010): Familienreport 2010. Berlin [<http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/familienreport-2010,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf> – Zugriff November 2012]
- Statistisches Bundesamt & Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), (Hrsg.) (2011): Datenreport 2011 Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn. Bundeszentrale für politische Bildung/bpb. Band 1. S. 25 – 41 [http://www.destatis.de/DE/Publikationen/Datenreport/Downloads/Datenreport2011.pdf?__blob=publicationFile – Zugriff November 2012]
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.) (2012a): Familienreport 2011. Berlin [<http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/familienreport-2011,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf> – Zugriff November 2012]
- Bundesministerium für Frauen, Senioren, Familie und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.) (2012b): Zeit für Familie. Familienzeitpolitik als Chance einer nachhaltigen Familienpolitik. Achter Familienbericht. Berlin [<http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung2/Pdf-Anlagen/Achterfamilienbericht,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf> – Zugriff November 2012]
- Bundeszentrale für politische Bildung (2012) (Hrsg.): Die soziale Situation in Deutschland [http://www.bpb.de/wissen/5MJEAP,0,Alleinlebende_nach_Familienstand.html – Zugriff November 2012]
- Dekker, A.; Matthiesen, S. (2004): Beziehungsformen im Lebensverlauf dreier Generationen. In: Zeitschrift für Familienforschung, 16, 1. S. 38 – 55
- Deutscher Bundestag (Hrsg.): Lebenslagen in Deutschland – Entwurf des 4. Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung [http://www.sozialpolitik-aktuell.de/t1_files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Einkommen-Armut/Dokumente/Entwurf%204.%20Armutsbericht%20der%20Bundesregierung%2017.9.2012.pdf – Zugriff November 2012]
- Haberkern, K. (2007): Zeitverwendung und Arbeitsteilung in Paarhaushalten. Zeitschrift für Familienforschung 19, 2. S. 159 – 185
- Hammes, W. sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (2011): Haushalte und Lebensformen der Bevölkerung. Ergebnisse des Mikrozensus 2010. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Auszug Wirtschaft und Statistik, Wiesbaden. S. 988 – 1000 [https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Bevoelkerung/HaushalteLebensformenBevoelkerung.pdf?__blob=publicationFile – Zugriff November 2012]
- Institut für Finanzdienstleistungen e.v.; Stiftung für private Überschuldungsprävention (Hrsg.) (2012): iff-Überschuldungsreport 2012. Überschuldung in Deutschland. Erstellt von Knobloch, M.; Reifner, U., unter Mitarbeit von Laatz, W.; Nizkich, A. Nürnberg www.iff-überschuldungsreport.de; www.iff-ueberschuldungsreport.de/media.php?id=4581
- IZT – Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (2011): Einblick in die Jugendkultur. Das Thema Nachhaltigkeit bei der jungen Generation anschlussfähig machen. Berlin. [<http://www.uba.de/uba-info-medien/4078.html> – Zugriff November 2012].
- Krack-Roberg, E.; Krieger, S.; Weimann, J. (2011): Familie, Lebensformen und Kinder. In: Statistisches Bundesamt; Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) (Hrsg.): Datenreport 2011. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Band 1. Bonn. Bundeszentrale für politische Bildung/bpb. S. 25 – 41 [https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Datenreport/Downloads/Datenreport2011.pdf?__blob=publicationFile – Zugriff November 2012]
- Kettschau, I.; Methfessel, B. (2005): Neue Haushalts- und Familienarbeit. In: Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. (Hrsg.) Neue Hauswirtschaft. Ein Material für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der hauswirtschaftlichen und familienbezogenen Weiterbildung. Berlin. S. 38 – 61
- Meier, U. (2003): Haushalte und Bildung von Humanvermögen. In: Methfessel, B.; Schlegel-Matthies, K. (Hrsg.): Fokus Haushalt – Beiträge zur Sozioökonomie des Haushalts. Baltmannsweiler. S. 35 – 52
- Methfessel, B. (1993): Eine gemeinsame Zukunft? Zur Relevanz für Familie und Haushalt für die Lebensplanung von Jungen und Mädchen. In: Ketschau, I.; Methfessel, B.; Schmidt-Waldherr, H. (Hrsg.): Jugend, Familie und Haushalt. Internationale Beiträge zu Entwicklung und Lebensgestaltung. Baltmannsweiler. S. 85 – 102
- Methfessel, B. (2003): Wandel von Lebensstil und Lebensformen - Zur gesellschaftsgestaltenden Bedeutung von Haushalten. In: Methfessel, B.; Schlegel-Matthies, K. (Hrsg.): Fokus Haushalt – Beiträge zur Sozioökonomie des Haushalts. Baltmannsweiler. S. 129 – 151
- Methfessel, B. (2005): Bildungsstandards für den Bereich Haushalt mit Schwerpunkt Ernährung und Verbraucherbildung. In Bigga, B.; Holzen-dorf, U. (Hrsg.): Bildungsstandards. Eine Diskussion um Arbeitslehre – Haushalt – Technik – Textilarbeit – Wirtschaft. Berlin, S. 11 – 39
- Methfessel, B.; Schmitt, G. (2008): Housework and the Role Cliché – Chances for a Change. In: HuW 56, 1. S. 30 – 38
- Piorkowsky, M.-B. (2000): Strukturwandel und gesellschaftliche Leistungspotentiale von Haushalten und Familien. In: Ketschau, I.; Methfessel, B.; Piorkowsky, M.-B. (Hrsg.): Familie 2000. Bildung für Familien und Haushalte zwischen Alltagskompetenz und Professionalität. Europäische Perspektiven. Baltmannsweiler. S. 15 – 28
- Röhr-Sendmeier, U.; Bergold, S. (2012): Die Rolle des Vaters bei berufstätiger Mutter – Aufgabenteilung, Lebenszufriedenheit und Schulleistung der Kinder. In: Zeitschrift für Familienforschung 24, 1. 3 – 26
- Rosendorfer, T. (2006): Geldarrangements in Paarbeziehungen und ihre Implikationen für einen modifizierten Begriff von Geld im privaten Haushalt. In: HuW 54, 1. S. 11 – 21
- Rübenach, S.P.; Weimann, J. (2008): Haushalte und Lebensformen der Bevölkerung. Ergebnisse des Mikrozensus 2006. In: Statistisches Bundesamt. Wirtschaft und Statistik 2/2008. Wiesbaden.
- Rusconi, A.; Solga, H. (2007): Determinants of and obstacles to dual careers in Germany. In: Zeitschrift für Familienforschung 19, 3. S. 311 – 336
- Shell Deutschland Holding (Hrsg.) (2010): Jugend 2010. Eine pragmatische

* Literatur auch von Wandel der Lebensformen – Herausforderung an die Lebensführung, S. 173

- Generation behauptet sich. Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn.
- Schulz, F.; Rost, H. (2012): Hausarbeitsteilung und Erwerbsunterbrechung von Müttern unter der Bedingung des neuen Elterngesetzes. In: Zeitschrift für Familienforschung 24,1. S 27 – 45
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2010): Frauen und Männer in verschiedenen Lebensphasen. Wiesbaden [https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/HaushalteMikrozensus/BroschuereFrauenMaenner0010013109001.pdf?__blob=publicationFile – Zugriff November 2012]
- Statistisches Bundesamt (2012a): Alleinlebende in Deutschland – Ergebnisse des Mikrozensus 2011. Wiesbaden [https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressekonferenzen/2012/Alleinlebende/begleitmaterial_PDF.pdf?__blob=publicationFile – Zugriff November 2012]
- Statistisches Bundesamt (2012b): Alleinlebende in Deutschland. Ergebnisse des Mikrozensus 2011. Ergänzende Tabellen zur Pressekonferenz am 11. Juli 2012 in Berlin. Begleitmaterial zur Pressekonferenz am 11. Juli 2012 in Berlin. Wiesbaden [http://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressekonferenzen/2012/Alleinlebende/Tabellenanhang_pdf.pdf?__blob=publicationFile – Zugriff November 2012]
- Statistisches Bundesamt (2012c): Geburten in Deutschland. Wiesbaden [https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/Bevoelkerungsbewegung/BroschuereGeburtenDeutschland0120007129004.pdf?__blob=publicationFile – Zugriff November 2012]
- Statistisches Bundesamt (2012d): Datenreport 2011. Wiesbaden [https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Datenreport/Downloads/Datenreport2011.pdf?__blob=publicationFile Veröffentlichung über die bpb – Zugriff November 2012]
- Statistisches Bundesamt (2012e): Statistisches Jahrbuch. Deutschland und Internationales 2012. Wiesbaden [https://www.destatis.de/DE/Publikationen/StatistischesJahrbuch/StatistischesJahrbuch2012.pdf?__blob=publicationFile – Zugriff November 2012]
- Thiele-Wittig, M. (1992): Zur Frage der innovativen Kraft neuer Haushalts- und Lebensformen. In: HuW40, 1. S 7 – 13
- Thiele-Wittig, M. (1996): Neue Hausarbeit im Kontext der Bildung für Haushalts- und Lebensführung. In: Oltersdorf, U; Preuß, T. (Hrsg.): Haushalte an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend. Frankfurt/M. S. 342 – 361
- Thiele-Wittig, M. (2000): Alltagskompetenzen – Bildungsbedarf in einer komplexen Welt, Bildung als Voraussetzung für Selbstlernprozesse. In: Ketttschau, I; Methfessel, B.; Piorkowsky, M.-B. (Hrsg.): Familie 2000. Bildung für Familien und Haushalte zwischen Alltagskompetenz und Professionalität. Europäische Perspektiven. Baltmannsweiler. S. 83 – 99
- Thiele-Wittig, M. (2003): Kompetent im Alltag. Bildung für Haushalt und Familie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zu Das Parlament, 24.2.2003, B 9, 3 – 6
- Verbraucherkommission Baden-Württemberg (Hrsg.) (2012): Kapitallebens- und private Rentenversicherungen: Mehr Transparenz und klare Regulierung für einen besseren Verbraucherschutz. Stellungnahme der Verbraucherkommission Baden-Württemberg. Hauptautor: Prof. Dr. Andreas Oehler. Stuttgart. [http://www.verbraucherkommission.de/servlet/PB/show/2931896/Stellungnahme%20VK%20Lebensversicherungen_06112012.p – Zugriff Nov. 2012]
- von Schweitzer, R. (1988): Die privaten Versorgungs-, Pflege- und Erziehungsleistungen als Haushaltsproduktion. In: HuW, 36, 5. S. 230 – 237
- von Schweitzer, R. (1991): Einführung in die Wirtschaftslehre des privaten Haushalts. Stuttgart.
- Weinmann, J. (2009): Wie sehen Familien heute aus. Ergebnisse der amtlichen Statistik zu Familienstrukturen und deren Entwicklung. In: TELEVISION 22, 1. S. 9 – 11 [http://www.br-online.de/jugend/izi/deutsch/publikation/televizion/22_2009_1/weinmann.pdf – Zugriff November 2012]
- Zerle, C.; Cornelißen, W.; Bien, W. (2012): Das Timing der Familiengründung und Folgen für Familien. In: Zeitschrift für Familienforschung 24, 1. S.46 – 66

Prof. Dr. Silke Bartsch

Pädagogische Hochschule Karlsruhe
Institut für Alltagskultur und Gesundheit
Bismarckstraße 10
76133 Karlsruhe
Tel. +49 721 925 4658
bartsch(@ph-karlsruhe.de

Prof. Dr. Barbara Methfessel

Pädagogische Hochschule Heidelberg
Institut für Alltags- und Bewegungskultur
Im Neuenheimer Feld 561
69120 Heidelberg
Tel.: +49 6221 477-374,
methfessel@ph-heidelberg.de